



FOKUS DAS THEMA DER WOCHE
SEITEN 3-6 ▶

DIALOG

statt Empörung!

Die Bundespräsidentenwahl wird auch nach dem 4. Dezember für Kontroversen sorgen. Wie wir mit den gesellschaftlichen Gräben umgehen können.



Foto: Shutterstock



Konträre Kandidaten
Alexander Van der Bellen (l.) und Norbert Hofer könnten ungleicher kaum sein. Dementsprechend untergriffig verlief der Wahlkampf – manchmal vonseiten der Kandidaten selbst, fast immer vonseiten der zweiten und dritten Reihe der Kampagnen.

Dialog statt Empörung!

Am Sonntag, dem 4. Dezember, findet die verschobene Stichwahl-Wiederholung statt – und die politische Lage in Österreich ist derzeit auch mindestens so kompliziert, wie das klingt. Welche Lehren man aus der Misere um die Bundespräsidentenwahl ziehen kann, warum die Rechtspopulisten derzeit in Europa wie auch in den USA auf Erfolgskurs sind und was jeder und jede einzelne tun kann.

Redaktion: Sylvia Einöder

Es war der bislang feindseligste Kampf um die Hofburg. Zuschauer lieben sich mitreißen – oder waren fassungslos. Eine Anleitung zur „Entpörung“.

| Von Thomas Hofer

Der nach einem knappen Jahr zu Ende gehende Bundespräsidentenwahlkampf brachte eine der enthemmtesten politischen Darbietungen der Nachkriegsgeschichte. Dass es um das höchste Amt im Staate ging, war bei manchen TV-Debatten nur an den Einblendungen zu erkennen. Die Kandidaten ließen sich manchmal gehen – von abwertenden Gesten bis zum verbalen Untergriff war alles dabei –, die zweite und dritte Reihe in den Kampagnen fast immer. Gerade in den *asozialen* Netzwerken gab es kein Halten. Nach zwei abgehaltenen und einem verschobenen Wahlgang konnte man es kaum glauben, aber emotional gab es zuletzt noch einmal eine negative Zuspitzung.

Nach infamen Gerüchten über Gesundheits- und Gemütszustände griff man zur in Österreich üblichen Ultima Ratio – dem Nazivergleich. Aus der FPÖ hagelte es haltlose Gerüchte über den längst verstorbenen Vater Alexander Van der Bellen und absurde Hitler-Bildmontagen. Aber auch das Lager des ehemaligen Grünen-Chefs sparte nicht mit Jenseitigkeiten. Der Industrielle Hans-Peter Haselsteiner warnte mit Bildern aus dem Zweiten Weltkrieg vor Norbert Hofer, ein – isoliert betrachtet persönlich beeindruckender – Beitrag einer Holocaust-Überlebenden ließ die Dreißigerjahre wieder auf-erstehen.

Die emotionale Entgrenzung, die in diesem Wahlkampf stattgefunden hat, wird sich nach dem 4. Dezember wohl nur kurz in den Weihnachtsfrieden verabschieden. Der gesellschaftliche Graben, zu messen nicht an der relativen Pattstellung an absoluten Stimmen, sondern an konträren Einstellungen etwa zum Funktionieren der Demokratie, der Sinnhaftigkeit der EU-Integration oder dem Umgang mit Asylwerbern, droht sich noch zu vertiefen.

Die Schuldfrage delegieren wir allzu gern an die Politik. Diese trägt zweifelsohne das Ihre zum Verfall der Sitten bei: Dem Wutbürger gegenüber steht heute fast flächendeckend der Angstpolitiker. Er richtet sich nach Stimmungen, getraut sich keine eigene Agenda mehr zu haben und surft lieber auf den sich ihm bietenden Stimmungswellen. So erobert der Populismus eine Partei nach der anderen.

Den zutage tretenden Primäremotionen, Hass und Verachtung, kann man so nicht

entgegentreten, geschweige denn beikommen. Sich nur am Meinungsumfragen hinterher hechelnden Politpersonal abzuarbeiten, ist dennoch zu einfach. Es sind die Frusträger selbst, also wir, die sich in der bald einsetzenden Nachwahldepression am Riemen reißen sollten. Hier eine kurze Anleitung zum politisch nötigen Unüblichsein:

1. BEKÄMPFEN WIR UNSERE ARROGANZ!

Grob vereinfacht sind in Österreich zwei Arten des Zorns zu beobachten. Jene, die sich am amorphen Begriff des Establishments abarbeitet und gegen alle, die es sich angeblich richten konnten, wütet. Menschen, die sich dieser Strömung unterwerfen, vertrauen nichts und niemandem, fühlen sich verkauft und verraten, und das nicht erst seit der sogenannten Flüchtlingskrise. Dann gibt es die zweite Art des Zorns, die allerdings selten beschrieben wird: Sie trifft die gerade beschriebenen Menschen. Sie erregt sich ob der Frage, warum diese sich so gehen lassen und warum sie so wählen, wie sie wählen. Menschen, die so denken, fühlen sich, wie Vertreter der ersten Gruppe ja auch, moralisch überlegen. Allerdings zürnen sie nicht dem abgehobenen und korrupten Establishment, sondern den aus ihrer Sicht würdigen gesellschaftlichen „Verlierern“ und „Ungebildeten“. Dieser emotionale Cocktail kocht über. Ein erster Schritt zur Besserung wäre das Antreten gegen die eigene Arroganz.

2. SORGEN WIR FÜR „ENTPÖRUNG“!

Beginnt man in einer emotionalen Situation mit der Fehlersuche bei sich, kann das entspannen. Man erkennt, wie auch das eigene, vom Anderen als arrogant empfundene Verhalten, zur Eskalation beigetragen hat. Es braucht aber auch ein Durchbrechen der Emotionsspirale auf der anderen Seite. Das ist der schwierigere Schritt: Von Vertretern des „Establishments“, namentlich Politikern und Journalisten, gab es zuletzt

bemerkenswerte Initiativen. Wenn heute jemand in der Medienöffentlichkeit den Mund aufmacht, kennt er das Phänomen: (Fast) egal, was man von sich gibt, es reicht ein falsch verstandener Begriff, und man erntet Beschimpfungen auf allen Kanälen. Einige Politiker und Journalisten sind nun dazu übergegangen, die Absender emotionaler Wallungen ausfindig zu machen und – nein, nicht zu klagen, sondern zu besuchen. Was dabei zumeist herauskommt, ist eine Deeskalation, jedenfalls aber Erstau-

„Es sind die Frusträger selbst – also wir – die sich in der sicher bald einsetzenden Nachwahl-Depression am Riemen reißen sollten. Überwinden wir Stammesgrenzen! Sorgen wir für „Entpörung“!“

nen, dass sich ein Vertreter des Establishments so etwas überhaupt antut. Mag sein, dass danach wieder geschimpft wird. Doch was zählt, ist das Durchbrechen der Empörungskurve und die, frei nach Paul Watzlawick, paradoxe politische Intervention.

3. ÜBERWINDEN WIR STAMMESGRENZEN!

Das Beispiel dieser Politiker und Journalisten muss Schule machen. Denn es reicht nicht, sich darüber zu alterieren, dass viele nichts von dem verstehen, wogegen sie zu Felde ziehen; dass viele in das post- und zunehmend kontrafaktische Zeitalter eingetreten sind und sich mit Hingabe Verschwörungstheorien widmen, diese aber freilich nicht als solche erkennen. Man kann das zu Recht beweinen. Man kann aber auch erkennen, dass die Gesellschaft zunehmend wieder in Stämmen lebt und so etwas wie eine kritische Öffentlichkeit oder ein zentraler „Marktplatz“ politischer Meinungen nicht einmal in Ansätzen existiert.

Allgemein hat sich der Begriff (Filter-)Blase für die wachsende Fragmentierung und Abschottung von Gruppen gerade in den sozialen Netzwerken etabliert. Die Metapher

ist irreführend, weil sie suggeriert, dass die Blase platzen und die Realität wieder Einzug halten könnte. Das ist Unsinn: Auch virtuelle Netzwerke sind real – und sie verstärken den Trend des Stammesdenkens. Wer dagegen arbeiten will, muss die Grenzen und Einschränkungen des eigenen Stammes erkennen und diese zu überwinden trachten. Vielleicht erlebt man beim Betreten fremder Territorien Unangenehmes. Aber es ist wohl der erste Schritt zur Wiederherstellung von gesellschaftlicher Durchlässigkeit.

4. WERDEN WIR REALISTISCH!

Zugegeben: Der Autor dieser Zeilen gehört einer Branche an, die Politik und Politiker täglich bewertet und vermisst. Das ist ein Job, in dem man leicht zynisch wird, gerade gegenüber als dysfunktional erkannten Prozessen und Ritualen. Was nur ins Auge sticht: Wir alle haben eigenartige Erwartungen an jene, die sich noch dazu bereifunden, uns repräsentieren zu wollen. Das ist kein Persilschein für Politiker – doch den fehlerfreien und thematisch wie kommunikativ omnipotenten Wunderwuzzi gibt es wohl leider nicht. Also sollte man sich von dieser nachvollziehbaren Wunschvorstellung rasch verabschieden. Auch Politiker dürfen Fehler machen (aus denen sie hoffentlich lernen) und menschliche Makel aufweisen. In der Beziehung zum politischen Personal braucht es also mehr Realismus.

5. WERDEN WIR SICHTBARER!

Zuletzt braucht es den Abschied von der Vorstellung, dass man selbst ohnehin nicht in der Lage sei, auch nur irgendwas zu beeinflussen. Das ist der Gedankenfehler, der uns in die aktuelle Lage manövriert hat. Er beginnt bei der Meinung vieler in der scheinbar dünner werdenden Mitte der Gesellschaft, man brauche den sogenannten politisch (oder medial) Handelnden abseits von Wahlen kein Feedback zu geben. Gehört wird, wer schreit und beschimpft. Das lenkt die Wahrnehmung der Verantwortlichen und verstärkt das Angstgefühl. Wenn also jemand schon keine thematische Initiative starten will, sollte er zumindest sichtbarer werden, wenn es um Grundsätzliches wie demokratischen Austausch oder die Wiederherstellung der verlorenen gesellschaftlichen Contenance geht.

| Der Autor ist Strategie- und Politikberater in Wien. 2015 erschien sein jüngstes Buch „Dagegen sein ist nicht genug“ (Hg.) |

Dieter Zirng
 „Wir bringen die Infos direkt zur jungen Zielgruppe. Die klassischen Medien kommunizieren an ihnen vorbei.“

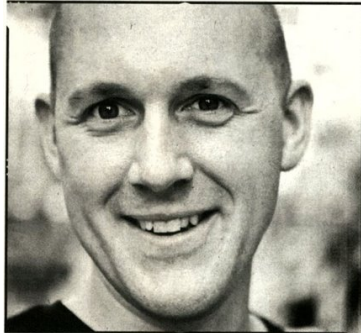


Foto: Peter

„Politik ist nichts Schlechtes. Die Leute – Junge wie Alte – sind sehr interessiert, was den Austausch und Diskurs betrifft. Aber sie wissen vielfach zu wenig darüber.“

Mit den Worten „Mir reicht's!“ hat Wilhelm Molterer 2008 die Große Koalition aufgekündigt. Die darauffolgenden Neuwahlen gaben den Anstoß, mich intensiv damit zu beschäftigen: Wer kandidiert eigentlich und wen kann man wählen? Welche Parteien und Wahlprogramme gibt's? Momentan haben wir ja überall Duelle: Clinton versus Trump, Van der Bellen versus Hofer. Ich sehe das nicht als Best-Practice-Modell, da das politische Spektrum breiter ist.

Wissenslücken stopfen

Ich habe immer gedacht, dass ich gut informiert bin, aber es gibt vieles, das nicht in den Medien vorkommt. Meine neu gestopften Wissenslücken habe ich in meinem Blog protokolliert. Diese Erfahrungen habe ich heruntergebrochen und Formate generiert. Zum Beispiel gibt es vor jeder Wahl den walmanach, der viel von Schulen genutzt wird. Dieses digitale Kom-

pendium beinhaltet Interviews der Spitzenkandidaten, Wahlprogramme und Wissenswertes über die Parteien und zeigt auf einen Blick: Wer kandidiert wirklich?

Mein Anliegen ist es, den Prozess der Vorwahl präsent zu machen. Neuwal begleitet vom ersten Tag der Wahl. Außerdem machen wir bei jeder Wahl das Barometer, bei dem wir alle Kandidaten mit den

gleichen zehn Thesen konfrontieren. Man kann ganz genau sehen, wer sich wie positioniert auf einer Skala von eins bis zehn, um zu zeigen, es gibt nicht nur Ja und Nein. Schwarz-Weiß-Denken mag ich nicht. Walmanach und Barometer sind Teil vom Langen Tag der Politik. Die journalistischen Recherchen werden so direkt zur jungen Zielgruppe gebracht. Das ist ein Service. Die klassischen Medien kommunizieren an ihnen vorbei.

Großes Interesse von Schulen

Im April habe ich zum ersten Mal einen PopUpStore aufgemacht. Zu den Workshops – ich nenne sie „PopUpPolitics“ – in einer alten, gesponserten Bankfiliale sind viele Schulen gekommen. Dazu gab es ein spielerisches Konzept. Heuer stand es unter dem Motto „Get ready for the Hofburg“. In drei bis vier Stunden hat man zwölf Aktionsfelder durchlaufen und am Ende alles über die Kandidaten gewusst. Es gab sechs

Inseln, für jeden Kandidaten eine. Jeder hat eine Rolle eingenommen und im ersten Level alles über den Kandidaten kennengelernt, im zweiten über das System und im Dritten gab es dieses Barometer. Es gab unterschiedliche Felder: Elefantenrunde, Pro-Contra, Wa(h)kino. 2017 wird der Lange Tag der Politik erstmals österreichweit stattfinden. Neuwahlen im Mai würden also super passen. Ich wäre da sehr happy damit. Das Alternativprogramm wäre „Lerne dein Bundesland kennen!“.

„Making politics a better place“, lautet meine Vision. Politik ist nichts Schlechtes. Die Leute – Junge wie Alte – sind sehr interessiert, was den Austausch und Diskurs betrifft. Aber sie wissen zu wenig. Ich bin Jahrgang 75. Ich habe keine politische Bildung in der Schu-

le gehabt und keine Begleitung vor Wahlen. Das ist heute noch nicht viel anders und hängt letztlich vom Einsatz der Lehrer ab, ihren Schülerinnen und Schülern den Zugang zu politischem Wissen zu legen. Es geht einerseits um Basics wie: Was ist der Nationalrat, was ist die Regierung? Der zweite Teil betrifft angewandte Zeitgeschichte: Lasst uns doch etwa das amerikanische Wahlsystem mit dem österreichischen vergleichen.

Mit neuen Formaten will ich Politik schmackhafter machen. Ich habe gemerkt, wenn man jungen Leuten Wissen und die Möglichkeit zum Dialog bietet, mit Politikern persönlich etwa, ist ein erster Schritt getan. Das ist ein Erfolgserlebnis. Mir ist es egal, wer wen wählt, solange jemand reflektiert, warum er diese Wahl trifft.

Aktiv werden statt jammern oder schimpfen: Vier Beispiele von engagierten Menschen, die Missstände aufzeigen, Probleme anpacken sowie zum Nachdenken und Tun anregen.

Die ansteckende Kraft des ENGAGEMENTS

In der Krise der Wahldurchführung liegt die Chance auf Verbesserung. Wahlbeobachtung.org arbeitet seit 2013 daran.

Bessere Wahlbeobachtung nötig

Die Anfechtung und Verschiebung der Präsidentschaftswahl brachte schlechte internationale Presse. Für jemanden wie mich, der hauptsächlich im Ausland lebt, ist es schwierig zu erklären, was in Österreich passiert. Durch die Wahlanfechtung wurden die Beisitzer verunglimpft, obwohl das ganze System der Wahldurchführung auf ihnen beruht.

Doppelmoral bei Wahlbeobachtung

Ich denke, dass interessierte Akteure der Gesellschaft zur Verbesserung des Systems beitragen sollten. Dafür engagiere ich mich in reiner Eigeninitiative. Zur Nationalratswahl 2013 haben wir uns erstmals zusammengesetzt. Unser Anliegen ist, dass interessierte Bürger auch als Wahlbeobachter im eigenen Land tätig sein können. Obwohl die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) schon 2010 empfahl, dass man zivilgesellschaftliche Wahlbeobachter zulässt, sind in Österreich gesetzlich bislang nur OSZE-Wahlbeobachter vorgesehen. Andere internationale



Foto: Peter

„Vor allem jüngere Menschen wollen nicht mehr mit einem parteipolitischen Label im Wahllokal anwesend sein müssen. Aber sie wollen sich trotzdem engagieren.“

und vor allem nationale Wahlbeobachter werden nicht anerkannt. Dabei sendet Österreich Wahlbeobachter nach Sambia, Guinea, Tunesien oder Myanmar, um dort die Wahlprozesse zu stärken und

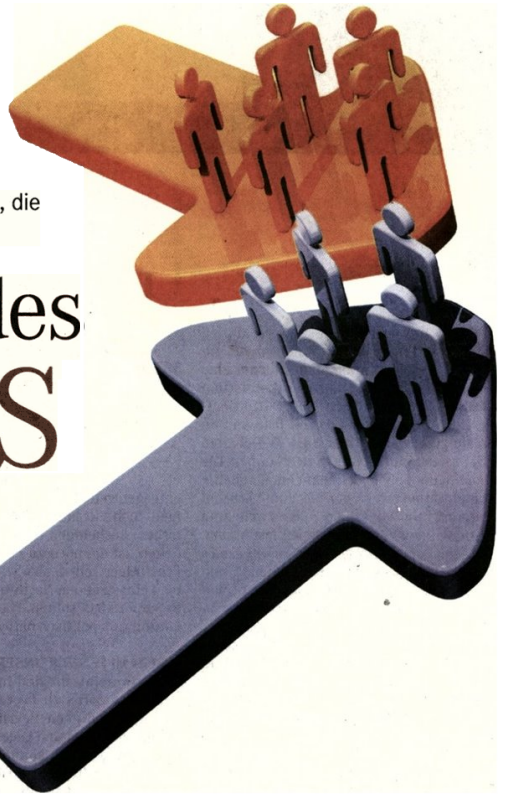
Armin Rabitsch

„Interessierte Bürger sollten im eigenen Land als Wahlbeobachter tätig sein können – auch wenn ihre Stigmatisierung derzeit ein Problem ist.“

auch nationale Wahlbeobachterorganisationen zu unterstützen. Bei uns in Österreich akzeptieren wir das aber nicht. Da steckt eine gewisse Doppelmoral dahinter.

Klar ist die Stigmatisierung von Wahlbeobachtern im eigenen Land eine Herausforderung. Viele Leute blocken ab und sagen: „Wieso Wahlbeobachter? Wir sind doch eine funktionierende Demokratie und keine Bananenrepublik!“ Dabei gibt es für jedes Land Verbesserungsvorschläge, auch für Deutschland, die USA und Frankreich. Es gibt kein optimales oder perfektes Wahlsystem. Zivilgesellschaftliche Initiativen werden in Österreich immer noch ein bisschen skeptisch beäugt.

Man soll als Wahlbeisitzerin oder Wahlbeisitzer stolz sein können,



Teil eines demokratischen Prozesses zu sein. Das wird in der Öffentlichkeit noch nicht wirklich so vermittelt. Es braucht dazu ein professionelles Training und einheitliche faire Entschädigung. Man könnte die Auswahl von der Parteibindung teilweise lösen. Ich stelle mir vor, dass man einen neuen Pool an interessierten Menschen, zum Beispiel mit Studierenden der Politik- oder Rechtswissenschaften kreiert, welche als Teil ihres Studiums als Wahlbeisitzer oder aber auch als Wahlleiter zur Verfügung stehen.

Mehr Transparenz und Vertrauen

Vor allem jüngere Menschen wollen nicht mehr mit einem parteipolitischen Label im Wahllokal anwesend sein, sich aber trotzdem engagieren. Wir müssen sie motivieren und versuchen, sie vermehrt in den demokratischen Prozess einzubinden. In der Krise in der Wahldurchführung liegt

auch eine Chance auf Verbesserung. Deswegen haben wir uns mit der Bundeswahlbehörde, mit Wahlexperten, dem Verfassungsdienst im Parlament und allen Parlamentsparteien zusammengesetzt. Wir wurden mit offenen Armen empfangen. Jetzt bereiten wir uns auf die Wiederholung der Stichwahl vor, um unsere Verbesserungsvorschläge vorzustellen. Einer davon ist beispielsweise die Öffnung der Auszahlungen für alle Bürger, wie es auch in den Niederlanden und Deutschland passiert. Damit könnte man mehr Transparenz und Vertrauen schaffen und den ganzen Prozess stärken. Mein Wunsch wäre es, dass unser Diskussionspapier bei Überlegungen zur Wahlrechtsreform als Referenzdokument hergenommen wird. Es wäre schön, wenn unsere 30 Empfehlungen beachtet werden. Idealerweise werden wir von der Wahlreformgruppe des Parlaments zum Expertenhearing im Jänner eingeladen.

Eine pensionierte Schuldirektorin hat erst mit Flüchtlingskindern gelernt. Nun alphabetisiert sie ganze Familien.

Ein Grashalm zum Festhalten

Ich habe 30 Jahre lang in Floridsdorf unterrichtet. Später war ich Direktorin der Musikhauptschule in der Dietrichgasse im dritten Wiener Gemeindebezirk. Nach meiner Pensionierung wusste ich: Ich will noch etwas machen. Durch meine Tochter, die das Diakonie-Flüchtlingshaus Rossauer Lände von der Dreikönigs-Aktion kannte, kam ich hierher in dieses Grundversorgungsquartier, wo circa 170 Flüchtlinge, größtenteils Familien, leben. Die Organisation ist fantastisch und man hat wirklich das Gefühl, dass man helfen kann.

Als ich im März 2013 begonnen habe, Erwachsene, aber auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu unterstützen, habe ich mich entweder nur mit ihnen unterhalten oder bei der Hausübung vom Deutschkurs geholfen. Wenn

jemand für den Hauptschulabschluss lernt, dann übe ich auch Mathematik. Rasch habe ich angefangen, ganze Familien zu alphabetisieren; eine Familie aus Somalia, eine aus Syrien und jetzt in den vergangenen Ferien eine afghanische Familie.

Vorurteile gegen Analphabeten

Afghanen haben es schwerer in der öffentlichen Anerkennung. Man stuft sie als dumm ein, dabei sind sie geschickt und lernen schnell, aber viele sind unbeschult, weil sie schon als Kinder im Iran als Hilfsarbeiter am Bau arbeiten mussten. Auch viele somalische Kinder zwischen fünf und siebzehn hatten noch nie eine Schule von innen gesehen. Es ist dramatisch, wenn einem das

bewusst wird, dass jemand von Kriegsschauplatz zu Kriegsschauplatz geflüchtet ist und sein ganzes bisheriges Leben lang in Flüchtlingslagern gelebt hat.

Ich erzähle im Bekanntkreis kaum, dass ich hier arbeite, weil ich nicht immer dieselben Fragen beantwortet will: „Kannst du dich nicht für österreichische Kinder oder die alten Leute im Heim einsetzen?“ Es soll jeder machen, was er glaubt. Ich will den Ärmsten der Armen helfen. Den wenigsten steht hier eine hoffnungsvolle Zukunft bevor. Ich mache mir besonders Sorgen um die 20- bis 25-Jährigen, die keine Schulbildung haben.

Ich habe schon als Lehrerin versucht zu handeln, anstatt mich nur über Schwierigkeiten zu ärgern. Hier bin ich ein Einspringer, manchmal tratsche ich einfach mit den Leuten. Eine Schule oder einen Deutschkurs kann ich natürlich nicht ersetzen. Die müssen organisiert und auch auf Qualität kontrolliert werden.



Eva Krapf

„Jene, die empört sind, haben wahrscheinlich selbst wenig mit Flüchtlingen zu tun. Der direkte Kontakt ist nötig.“

Früchte tragen. In den dreieinhalb Jahren habe ich noch keinen einzigen Menschen getroffen, der nicht Deutsch lernen möchte.

Viel Dankbarkeit spürbar

Ich glaube, dass jeder, der einmal hier war und diese Leute und ihr Schicksal persönlich kennengelernt hat, niemals gegen Flüchtlinge oder Integration sein kann. Jene, die so empört sind, haben wahrscheinlich selbst noch wenig mit Flüchtlingen zu tun. Erst durch den direkten Kontakt kann man sich überhaupt erst eine Meinung bilden. Sie sind wirklich total liebenswerte Menschen, höflich und freundlich. Sie sagen immer Bitte und Danke, sie klopfen an und sind dankbar.

Wenn auch Sie Interesse haben, in einer Einrichtung der Diakonie Flüchtlingen freiwillig zu helfen, melden Sie sich bitte unter: 01/402 67 54-1103 oder unter freiwillig@diakonie.at.



Protokolle: Juliane Fischer

Das Klima wird spürbar aggressiver: Hass in den sogenannten „sozialen Netzwerken“, Falschmeldungen und Fehlinformationen im Internet, Platz für krude Verschwörungstheorien. Emotionen wiegen offenbar mehr als sachliche Argumente und ruhige Debatten. Wer vom gespaltenen Land Österreich spricht, übertreibt zwar maßlos, aber doch kann man sagen, dass die Stimmung aufgeheizt ist – nicht zuletzt durch den polarisierenden, ewig scheinenden Wahlkampf um die Hofburg. Froh über diesen Zustand sind die wenigsten. Viele möchten helfen,

selbst etwas bewegen oder zumindest verantwortungsvoll ihrer Rolle als demokratische Bürgerinnen und Bürger nachkommen, indem sie bewusst informiert am Sonntag ihr Kreuzerl machen. DIE FURCHE hat vier Menschen besucht, die in dieser unzufriedenstellenden Situation etwas verändern wollen. Sie begeistern Kinder und Jugendliche für Politik, wollen die in Verfall geratene Wahlbeobachtung verbessern, ermöglichen Kindern mit Fluchthintergrund eine bessere Zukunft oder trainieren interessierte Jugendliche und Erwachsene, wie man gegen Stammtischparolen ankommt. Jeder gestaltet auf seine Weise mit, anstatt aus dem bequemen Lehnssessel heraus zu schimpfen und sich in Überlegenheit zu wähen. Was hat sie bewegt, sich zu engagieren? Und was genau möchten sie damit bewirken?

Mit dem Workshop „Argumente gegen Stammtisch“ soll das raue Diskussionsklima im Land wieder verbessert werden.

Andere Meinung muss möglich sein

Ich gestalte den Workshop „Argumente gegen Stammtisch“ seit über 15 Jahren und die Nachfrage wird immer größer. Alle Anti-Rassismus-Trainings haben bisher dort geendet zu klären, wie Rassismus auftritt, aber in konkreten Diskussionen waren wir erst wieder hilflos. „Die Flüchtlinge nützen unser Sozialsystem aus“ oder „Man traut sich nicht mehr auf die Straße“ – das sind so klassische Stammtischparolen.

In einer so komplexen Materie ist man verloren, wenn man sofort auf Sachlichkeit setzt. Man verheddert sich in Argumenten, die nicht gehört werden. Meistens wird es emotional oder persönlich. Im Training versuchen wir, zunächst auf ruhige Art auf andere Personen einzugehen und eine Gesprächssituation herzustellen,

die gewohnte Echokammern auf beiden Seiten öffnet. Es geht im Grunde um Beziehungsarbeit am Beginn der Diskussion. Da gilt es zu signalisieren: Ich nehme dich ernst, lass uns darüber reden! Das haben wir alle durch das Schubladendenken und die reflexartige Ablehnung anderer politischer Meinungen verlernt.

Demokratie heißt Vielfalt

Mein Ziel wäre jener Effekt beim Gesprächspartner: „O.K., wir sind unterschiedlicher Meinung, aber die andere Person hat mich respektiert und ich werde zumindest über deren Positionen nachdenken.“ Die Leute sollen wieder miteinander reden können und erkennen, dass es unterschiedliche Ansichten gibt. Davon lebt schließlich

die Demokratie. Ich wünsche mir, dass Menschen wieder gerne politisch diskutieren. Derzeit empfinden das viele als Belastung. Sie denken sich: „Um Gottes Willen, die Tante Mizzi fängt schon wieder mit den Flüchtlingen an.“

Es ist schade, wenn man da genervt abblockt, aber es ist genauso wenig hilfreich, wenn man belehrend oder moralisierend reagiert. Dann wird auch die Tante Mizzi nicht bereit sein, andere Argumente wahrzunehmen. Es geht aber auch nicht um ein Psychologisieren, sondern um echtes Interesse dafür, wie die Welt des anderen aussieht. Dieses Feingefühl haben wir komplett verloren, gerade in aufgebracht Situationen, wie sie rund um den polarisierenden Bundespräsidentenwahlkampf vorkommen.



Marion Wisinger

„Manchmal redet jemand nur nach, manchmal hat man es mit echten Rassisten zu tun, oft ist Halbwissen im Spiel.“

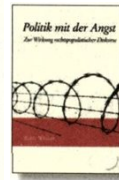
Nachdenken zu streiten, aber sie merken auch, dass es einen Sinn hat, etwas dagegen zu sagen. Gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung wurden circa 50 Workshop-Trainer ausgebildet. Zwar war der Bedarf schon lange groß, aber unsere Arbeit und der Austausch zeigen: Das Klima wird immer aggressiver. Im Internet und in Gratiszeitungen werden täglich Unfug, falsches Wissen und eine ungläubliche Wut erzeugt. Das ist besorgniserregend.

Das Argumentationstraining kann helfen, Blockaden zu lösen. Am Ende meiner Workshops stelle ich folgende Aufgabe: Geht zum nächsten Würstelstand und redet mit den Leuten! Manchmal stellt sich heraus, dass jemand nur nachredet, manchmal hat man es tatsächlich mit Rassisten zu tun, oft ist Halbwissen im Spiel. Wichtig ist, nicht sofort zu widersprechen, sondern zuerst zu klären, worum es geht. Dafür benötigt man Strategien, die man lernen kann. Dann kann man seine Frankfurter Würstel wieder in Ruhe essen.

Ich arbeite auch mit Hausmeister, Flüchtlingsbetreuern und Altenpflegerinnen. Sie werden mit fremdenfeindlichen Resentiments konfrontiert und beschimpft. Bei mir lernen sie wieder gelassen zuzuhören. Es geht weniger um das Überzeugen, sondern um das gegenseitige Verständnis.

„Es ist schade, wenn man bei Meinungsverschiedenheiten genervt abblockt, aber es ist genauso wenig hilfreich, belehrend oder moralisierend zu reagieren.“

Der Rest ergibt sich von selbst. Wenn ich den Workshop mit Schülern mache, lasse ich sie immer in die Rolle eines Rechtspopulisten steigen. Sie begreifen, wie leicht es ist, diesen Zorn zu haben und ohne



Politik mit der Angst
Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse,
Von Ruth Wodak, Konturen
Verlag 2016,
254 Seiten, Hardcover,
€ 29,80

Das Gespräch führte Sylvia Einöder

Die Rechtspopulisten sind im Aufwind – ob in den USA, in Großbritannien oder in Österreich. Welche Rolle deren Rhetorik spielt, analysierte die Wittgensteinpreisträgerin und Linguistik-Professorin Ruth Wodak für DIE FURCHE.

DIE FURCHE: Sie haben das unmoderierte ATV-Duell zwischen den Präsidentschaftskandidaten Norbert Hofer und Alexander Van der Bellen genau analysiert. Warum ist letzterer so schnell in die Defensive geraten?

Ruth Wodak: Dort prallten zwei völlig verschiedene Diskussionsstile aufeinander. Van der Bellen hat eine sachliche Diskussion erwartet, mit Rede und Gegenrede, Klärung und Differenzierung etc. Diese Erwartung war offensichtlich falsch. Hofer hat systematisch Fragen nicht beantwortet, wickelte sich bis zu zehn Mal bei derselben Frage aus: Er versuchte beispielsweise, ein anderes Thema anzuschneiden, definierte das Thema um, kam mit einer Gegenfrage oder rechnete auf.

DIE FURCHE: Sind Politiker, die nicht mit Polemik hantieren, automatisch im Nachteil?

Wodak: Das kommt darauf an, welche Werte man anspricht und wie. Beide sprechen sehr unterschiedliche Werte und Inhalte an: inklusiv – exklusiv, nach innen gerichtet – nach außen gerichtet, für den „kleinen Mann/die kleine Frau“ – für alle. Rechtspopulisten machen mit bewussten Provokationen erfolgreich Schlagzeilen, wie man bei der US-Wahl sehen konnte.

DIE FURCHE: Ist Hofer ein klassischer Rechtspopulist, was seine Rhetorik betrifft?

Wodak: Er hat einen destruktiven Diskussionsstil. Aber jeder Politiker kann aggressiv und demagogisch sein. Das allein macht noch keinen Rechtspopulisten aus. Zur Form gehören die entsprechenden Inhalte.

DIE FURCHE: Aber er hat sich im Fernsehen als sympathischer Kandidat präsentiert.

Wodak: Es gab einige Momente, wo Hofer eingebrochen ist und sehr aggressiv wurde. Etwa, als er sagte, „Sie können auch mit der Flasche reden“, „Sie sprechen sehr langsam“, „Sie verstehen nichts von Wirtschaft“. Da hat er nicht inhaltlich, sondern ad hominem argumentiert. Das ist ein polemischer Stil, den Schopenhauer als „eristische Dialektik“ bezeichnete. Da könnte man sagen: „So will ich nicht diskutieren.“ Man muss auf einer Metaebene thematisieren, was der andere macht, und sich davon distanzieren – aber sich auf keinen Fall provozieren lassen.

DIE FURCHE: Hofer will nicht als Rechtspopulist gelten. Ist er einer?

Wodak: Ein wichtiges Kriterium ist der vehemente Nationalismus: Rechtspopulisten definieren sich und ihre Partei als „wahren Repräsentanten des wahren Volkes.“ Man ist sowohl nach innen antippluralistisch – gegen Minderheiten, gegen „die da oben“, gegen „die Schickleria“ – als auch nach außen gegen Flüchtlinge, gegen „Brüssel“ etc.

Warum die Rechtspopulisten trotz Lügen und Skandalen in Europa wie in den USA reüssieren können, erklärt die Diskursanalytikerin Ruth Wodak.

„Verlustangst und Neid mobilisieren extrem“



Foto: © Konturen Verlag

Dazu kommen konservative Werte. Beim Rechtspopulismus beobachten wir häufig eine traditionelle Geschlechter- und Familienpolitik, etwa wenn Hofer von Frauen daheim als „Brutstätte der Familie“ schreibt. Eine weitere Charakteristik des Rechtspopulismus ist der autoritäre Ruf nach Recht und Ordnung, auch die versuchte Aushöhlung demokratischer Institutionen: ob Presse oder Justiz. Schließlich wird noch eine revisionistische Geschichts-

sich vor, ein Politiker leugnet den Holocaust. Wenn man darüber nicht berichtet, ist es sicher problematisch. Medien müssen aber Gerichte nicht ersetzen – man muss über diese Dinge nicht täglich berichten.

DIE FURCHE: Welche Mitschuld haben also Medien am Aufstieg der Populisten?

Wodak: Medien konstruieren und reproduzieren Wirklichkeit. In den USA haben die Medien Millionen Dollar mit Trump verdient, weil er hohe Einschaltquoten bringt. Seine Kompetenz als Entertainer hat er stark in seine Performance eingebaut. Durch seine Bekanntheit und seine vielen Tabubrüche – Rassismus, Sexismus, Unwahrheiten – hat man ihn häufig gesendet, ohne dass er dafür zahlen musste.

DIE FURCHE: Viele Menschen sind geplatzt von Abstiegsängsten. Muss einen das gleich zum Trump- oder Hofer-Wähler machen?

Wodak: In den USA haben nicht nur die Abstiegsgefährdeten oder die Modernisierungsverlierer Trump gewählt, sondern auch viele wohlhabende, weiße, ältere Menschen aus der Mittelschicht. 90 Prozent der Wähler haben wieder republikanisch bzw. demokratisch gewählt. In Österreich gibt es mehr Wechselwähler, schon bei der Wien-Wahl 2015 gab es Schwankungen von Grün nach Rot, von Schwarz nach Rot und nach Blau.

DIE FURCHE: Die SPÖ verliert massiv an die FPÖ. Warum machen die Abstiegsängste so viele zu Hofer-Wählern?

Wodak: Weil die FPÖ simple Lösungen an-

„Vor fünf Jahren hätte ich gesagt, dass sich Europas Rechtspopulisten nicht lange halten können. Nun sehen wir jedoch, dass sich diese Parteien schnell einen autoritären Staat schaffen können.“

Ruth Wodak
Die emeritierte Professorin der University of Lancaster, England, ist Mitglied im Komitee für die Wahl Alexander Van der Bellens.

politik vertreten, Nostalgie für frühere Zeiten, als anscheinend noch alles „in Ordnung“ war: „Make America great again“.

DIE FURCHE: Ist man im Umgang mit Verschwörungstheorien nicht immer in einer double-bind-Situation?

Wodak: Das betrifft vor allem die Medien. Wenn man über Skandale nicht berichtet, stimmt man quasi zu. Wenn man darüber oft berichtet, gibt man dem zu viel Raum.

DIE FURCHE: Ist es nicht besser, gewissen Dingen einfach keine Bühne zu bieten?

Wodak: Ja, aber nicht immer. Stellen Sie

bietet und bestehende Ängste anspricht bzw. auch übersteigert, etwa die Angst vor der sogenannten „Überfremdung“. Verlustängste werden mobilisiert, auch wenn man noch nichts verloren hat. Das erklärt das starke Abschneiden der FPÖ in manchen schönen Gemeindebauten in Wien, die ihnen doch nicht weggenommen werden. Verlustängste, Unsicherheit und Neid sind negative Emotionen, die geschickt mobilisiert werden. Auch die durchaus legitime Angst vor Gewalt und Kriminalität wird vor allem auf Flüchtlinge und junge Muslime gelenkt.

DIE FURCHE: Können Sie der Polarisierung irgendwas Positives abringen?

Wodak: Zumindest werden explizite Alternativen sichtbar. Man kann ja nicht starr in der Polarisierung verharren. Es müsste sich also notwendigerweise etwas Neues ergeben.

DIE FURCHE: Wäre im Sinne einer dritten, gemäßigten Alternative Kandidatin Griss die beste Wahl gewesen?

Wodak: Schwer zu sagen. Sie stand auch, wie Van der Bellen, für Internationalität und Europa, Rechtsstaat und Bürgerlichkeit, aber auch für Offenheit gegenüber Flüchtlingen. Sie war allerdings parteiunabhängig und nicht als Grüne abgestempelt.

DIE FURCHE: Ist in puncto Polarisierung und Rechtspopulismus irgendwann ein Peak erreicht, wo das Pendel wieder in die gegenteilige Richtung schlagen sollte?

Wodak: Ich bin kein Prophet. Hätten Sie mich das vor fünf Jahren gefragt, hätte ich gesagt: Aus der bisherigen Erfahrung wissen wir, dass eine rechtspopulistische Partei an der Macht relativ schnell versagt. Das war in den Niederlanden so und in Österreich. Man sieht jetzt aber aktuell, dass diese Parteien etwa in Polen, Ungarn und in der Türkei relativ schnell Gesetze ändern, die Pressefreiheit in Frage stellen und demokratische Institutionen unterminieren versuchen. Diese Entwicklung ist sehr bedenklich.

DIE FURCHE: Viele haben wohl aus einer Protesthaltung für Trump oder den Brexit gestimmt, aber waren vom Ergebnis verblüfft.

Wodak: Ja. An meinem früheren Institut an der Lancaster University hat eine Sekretärin für den Brexit gestimmt. Am Morgen danach saß sie völlig geschockt da und weinte: „Ich hab das nicht gewollt!“ Im Brexit-Wahlkampf wurde viel gelogen. Die Gegenseite konnte kein positives Narrativ zur EU einbringen und drohte vor allem mit bösen wirtschaftlichen Folgen. Aber viele Arbeiter haben sich gedacht: „Ist mir egal, weil schlimmer kann es nicht werden.“ Wie sich zeigt, hat der Brexit auch im österreichischen Wahlkampf einige polarisierende Funktionen erhalten, sowohl als Bedrohungsszenario – was passiert, wenn eine so komplexe Entscheidung Thema einer Volksabstimmung wird, ohne ausreichende Information und realistische Pläne für die Umsetzung? – bzw. als „Erfolg“ einer rechtspopulistischen Partei (UKIP). In jedem Fall werden so notwendige differenzierte, inhaltliche Debatten verunmöglicht.